

Teil F – Nachrichtliche Übernahmen

1. Belange des Denkmalschutzes

Sollten bei der Durchführung der vorgesehenen Arbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20.1 DSchG). Gegebenenfalls vorhandene Kleindenkmale (z. B. historische Wegweiser, Bildstöcke usw.) sind unverändert an ihrem Standort zu belassen. Sollte eine Veränderung unabweisbar erscheinen, ist diese nur im Benehmen mit der zuständigen Behörde vorzunehmen. Auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes über Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.

Archäologische Denkmalpflege:

Durch die Planungen sind in Neibsheim ein archäologisches Kulturdenkmal und ein Prüffall gem. § 2 DSchG BW betroffen:

- Archäologische Substanz der mittelalterlichen Burg und des neuzeitlichen Schlosses (Listen Nr. MA 8, ADAB ID 99834276)
- Etter des Merowinger zeitlichen und mittelalterlichen Dorfes (Listen Nr. MA 1, ADAB ID 99833577)

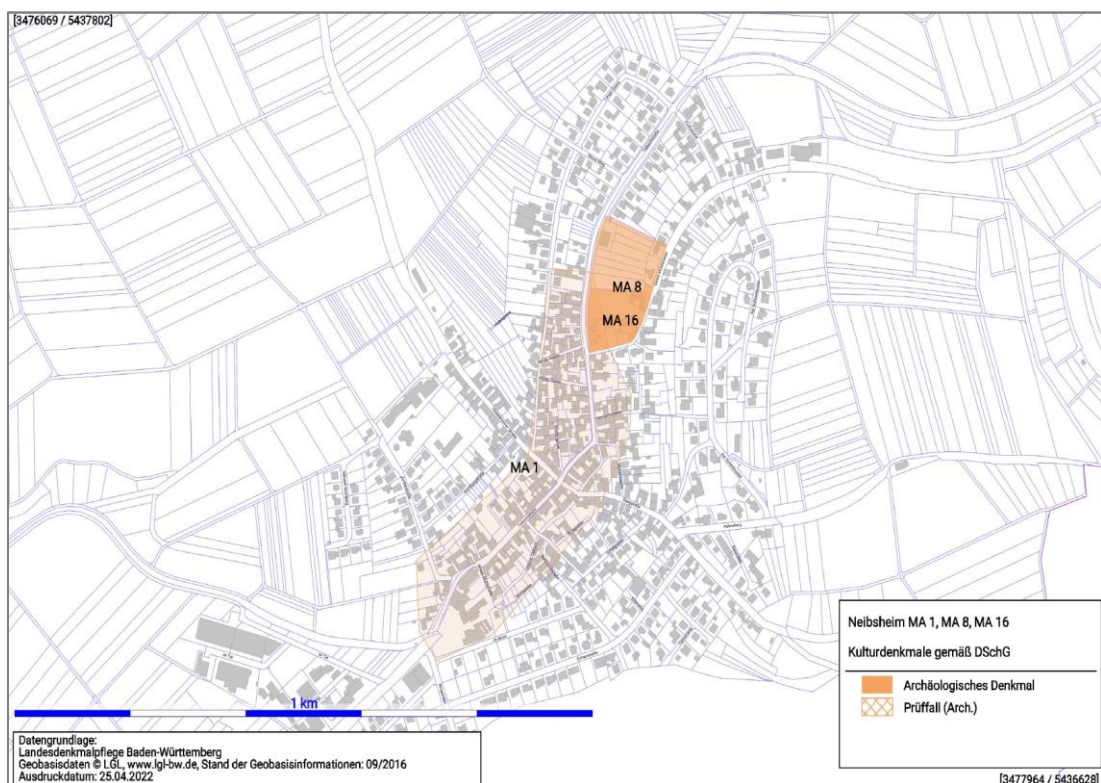


Abb.: Übersichtskarte zu den Archäologischen Kulturdenkmälern.

Die Planung betrifft das Areal der Oberen Burg (Listen Nr. MA 8, ADAB ID 99834276). Bei Prospektionen im Frühjahr 2021 wurde festgestellt, dass im Bereich südlich des Mühlgrabens Reste der Burg im Untergrund erhalten sind. Bei diesen Resten handelt es sich um Kulturdenkmale nach §2 DSchG. Sämtliche Bauvorhaben innerhalb des bei den Sondagen ermittelten Burgareals (Flst. Nr. 230) bedürfen daher einer im Zuge der Erschließungsarbeiten einzuholenden denkmalschutzrechtlichen Genehmigung.

Im Falle noch weiterer notwendiger Rettungsgrabungen durch eine Grabungsfirma kann die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale ggf. längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Kostentragungspflicht für die genannten Maßnahmen liegt beim Bauherrn. Zur Klärung der Rahmenbedingungen etwaig notwendiger Rettungsgrabungen ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Bauherren und LAD abzuschließen.

Nach nochmaliger Prüfung durch die Denkmalfachbehörde besteht bei der Mühle, die zunächst von ihr als Prüffall eingestuft worden war, keine Denkmaleigenschaft.

Darüber hinaus wird grundsätzlich auf die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 20 und 27 DSchG verwiesen. Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.

Für weitere Informationen und Terminabsprachen wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Denkmalpflege, Ref. 84.2, ArchaeologieLADKA@rps.bwl.de.

2. Wasserschutzgebiet

Das überplante Gebiet befindet sich in seiner gesamten Größe in der Schutzzone IIIa des Wasserschutzgebiets Bruchsal, OT Heidelberg. Die Schutzgebietsverordnung muss in der jeweils gültigen Fassung im Hinblick auf die Nutzung und Behandlung von Flächen im Wasserschutzgebiet beachtet werden. Zur Errichtung baulicher Anlagen müssen laut Schutzgebietsverordnung die erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften getroffen werden. Die Regelungen der Schutzgebietsverordnung sind im Hinblick auf den Grundwasserschutz strikt zu befolgen und zu überwachen. Im Bereich von Versickerungsflächen ist der Einsatz von Düngern, Pflanzenschutzmitteln und Tausalz verboten.

In dieser Zone ist gemäß der Rechtsverordnung die Errichtung und der Betrieb von Grundwasser-Wärmepumpen und Erdwärmesonden verboten. Erdwärmekollektoren sind zulässig soweit eine ausreichende Deckschicht zwischen dem Kollektor und dem Grundwasserspiegel vorhanden ist. Hierfür ist eine Ausnahmegenehmigung oder Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung bei der unteren Verwaltungsbehörde zu beantragen.

3. Gewässerrandstreifen

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) Baden-Württemberg sieht gemäß §29 für Gewässer die im Innenbereich liegen, eine Schutzstreifen von 5m vor. Innerhalb diesem ist zum Schutz des Gewässerrands die Errichtung von baulichen Anlagen verboten. Die Vegetation muss erhalten bleiben und kann zur Renaturierung gebietsspezifisch wiederhergestellt werden.

Aufgestellt: 26.06.2023